

Diskussionsabend mit Thomas de Maizière

Politisches Forum möchte für Kurskorrekturen werben



Initiatoren des Politischen Forums (v.l.): Hans-Werner Kleindiek, Albert Lehmeier, Christian Gerner, Hans-Peter Kosmider, Karl-Heinrich Sümmermann und Anna Gericke mit Thomas de Maizière (3.v.l.) Foto: Forum

MÜNSTER. Auf Einladung des Politischen Forums „Mehr Mut zur Tat“ nahmen jetzt um die 100 Bürger an einer Diskussion mit dem langjährigen Bundesminister Thomas de Maizière im Franz-Hitze-Haus teil. Deutschland und seinen Bürgern gehe es im internationalen Vergleich sehr gut, so die Initiatoren des Politischen Forums, aber politische Entscheidungen etwa in den Bereichen Umwelt/Energie, Infrastruktur und Sozialpolitik/Altersvorsorge seien langfristig schädlich oder unnötig teuer. Diese Themenkomplexe will das Politische Forum nach eignen Angaben mit Politikern diskutieren und für geeignete Kurskorrekturen werben.

De Maizière, heißt es im Pressebericht der Forums, habe den Befunden teilweise zugestimmt. Angesichts der weiter steigenden Lebens-

erwartung und der wenig populären „Rente mit 67“ sei die „Rente mit 63“ ein Fehler gewesen, allerdings ein politischer Kompromiss, weil die CSU die „Mütter-Rente“ gefordert habe.

Dass Politik Mehrheiten braucht, wurde auch an diesem Beispiel deutlich: Zwar hielten viele Kundige den Ausstieg aus der klimafreundlichen Kernenergie für falsch, aber sowohl nach dem durch Fukushima bedingten Ausstiegsbeschluss 2011 als auch heute trauten sich kaum namhafte Fachleute oder Verbände für eine Revision des Ausstiegs zu werben. Damit habe die Politik keine Chance, sich in dieser Frage zu bewegen. Viele Infrastrukturvorhaben würden zudem durch komplexe Vorschriften ausgebremst. Eine Baugenehmigung für ein mittelkomplexes Vorhaben habe vor 30 Jahren 100

Seiten umfasst, heute seien es 1000. Auch nehme der Egoismus zu, die Fokussierung auf das Gemeinwohl ab. De Maizière berichtete, heißt es im Preetext weiter, von einer Umgehungsstraße in seinem Wahlkreis. 99 Prozent der Bürger wollten sie haben; zwei Grundstückseigentümer blockieren sie seit Jahren. Die Bürger verstanden den Rechtsstaat nicht mehr, wenn Gesetze zu solchen Blockaden führen können. Für solche Fälle Individualrechte oder die Klagemöglichkeiten von Verbänden einzuschränken, führe aber zu heftigen Protesten, die nur durch ebenso deutliches öffentliches Eintreten der betroffenen Mehrheiten überwunden werden können. De Maizière ermunterte die Teilnehmer, selbst Mut zu beweisen und sich in der Öffentlichkeit nachhaltig einzubringen.